

ROBERT KATZENSTEIN

Krise in der Steinkohle und Solidarität mit den Kumpeln? Widersprüche und Gegensätze

Robert Katzenstein – Jg. 1928, Dr. oec. habil, 1956 bis 1970 an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, nach 1970 freiberuflich als Lehrbeauftragter am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin tätig.

»Man muß ... konstatieren, daß die Verwendung des Begriffs Strukturkrisen in der marxistischen Literatur bis heute ziemlich große Unterschiede aufweist. Darunter werden Industriezweigkrisen, Agrarkrisen, die Energie-, die Rohstoff-, die Ernährungskrise, die Währungskrisen, die Krise der Staatsfinanzen, der Infrastruktur, der Städte usw. verstanden. Einige Autoren sprechen von einer ›Krise der Reproduktionsstruktur‹ in ihrer Gesamtheit.«

Autorenkollektiv (u.Ltg. von Lutz Maier): Strukturwandel und Strukturkrisen im gegenwärtigen Kapitalismus, in: IPW-Forschungshefte, 4/1983, S. 13.

Einen Hinweis auf zweierlei Ursachen für Wirtschaftskrisen, Überproduktion und Fehlstrukturen, finden wir schon bei Marx. Bis ins letzte Viertel des 20. Jahrhunderts hat jedoch nur die Überproduktion Aufmerksamkeit als Krisenursache gefunden. Selbst unter Marxisten wurde die Strukturkrise zwar erwähnt, aber nicht wirklich untersucht. Erst im Gefolge der stürmischen technischen Entwicklung, deren soziale Folgen den Interessenantagonismus von Kapital und Lohnarbeit erneut zu schärfen und den bemerkenswerten sozialen Konsens in der Bundesrepublik während der vergangenen Jahrzehnte zu zerstören drohen, rückten die Strukturkrisen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Überproduktionskrisen zu bekämpfen, ihre sozialen Folgen zu mildern bzw. abzuwehren, war relativ einfach. Für den Sozialismus ohnehin, aber auch die Wirtschaftspolitik in den kapitalistischen Ländern hat Mittel und Wege gefunden, um Überproduktionskrisen wirksam zu bekämpfen. Es ging dabei eigentlich immer nur darum, vorhandene gesellschaftliche Bedürfnisse mit Geld auszustatten, um sie als Nachfrage wirksam werden zu lassen. Die Nachfrage, einmal kräftig angeschoben, wurde dann von allein zur Grundlage eines neuen, kräftigen Wachstumsprozesses. Noch Ende der sechziger Jahre genügte in der Bundesrepublik eine staatliche Spritze von 9 Mrd DM, um die Konjunktur wieder in Schwung zu bringen. Heute kann man sich kaum noch vorstellen, daß mit dieser Summe überhaupt etwas Bewegung in die wirtschaftlichen Kreisläufe eines Landes zu bringen ist; schon gar nicht, wenn sie nach dem Gießkannenprinzip verteilt wird.

Das Problem sind die Strukturkrisen. Seit jeher war jede Krise, auch jede Überproduktionskrise, und jeder ihr folgende, einigermaßen bedeutsame Wachstumsprozeß Auslöser von Produktivitätsentwicklungen, die ihrerseits wiederum wirtschaftliche und als deren Folge auch soziale Strukturen veränderten und so für einzelne Zweige und die darin Beschäftigten zur Grundlage struktureller Krisen wurden. Das alles war früher aber zwerghaft im Vergleich zu den strukturellen Verwerfungen, die durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt heute ausgelöst werden. Früher konnte der auf die Krise folgende Wachstumsprozeß die Arbeitslosen schnell wieder aufsaugen, die die Krise zuvor auf die Straße geworfen hatte. Heute sind die Produktivitätsfortschritte so gewaltig, daß selbst Zweige mit enormer Ausdehnungskraft nur relativ begrenzt Arbeitskräfte anziehen; meist beginnen sie sogar schon

nach relativ kurzer Zeit damit, Arbeitskräfte wieder abzustößen.

Auch die Folgen der die Strukturkrisen begleitenden sozialen Krisen sind schwerwiegender als die der Überproduktionskrisen. Vor allem der Übergang zu völlig neuen Techniken und Produkten ist von großer sozialer Brisanz; Arbeitskräfte werden von einer Wirtschaftskrise nicht nur auf den Arbeitsmarkt geworfen, auch ihre Qualifikation wird meist vernichtet. Mit solchen Arbeitskräften kann die modernere Produktion kaum mehr etwas anfangen, es sei denn als ungelernete oder angelernte Arbeitskräfte. Ungelernte Arbeitskräfte aber finden nur schwer Arbeit und der Markt dafür verengt sich in der Tendenz immer noch weiter; und es bedarf auch erst weiterer technischer Entwicklungen, ehe die neue Technik einmal soweit ist, auch den längerfristigen Einsatz un- bzw. angelernter Arbeitskräfte zu erlauben. Selbst bei Fortschritten in dieser Hinsicht bleiben die Chancen der aus dem Erwerbsleben ausgeworfenen Arbeitskräfte begrenzt, es sei denn, sie besäßen eine höhere Allgemeinbildung, die es ihnen ermöglicht, die technische Entwicklung auch außerhalb ihres engeren Tätigkeitsbereiches in ihren naturgesetzmäßigen Grundzügen laufend zu verfolgen und nachzuvollziehen. Dann würde es ihnen nicht weiter schwer fallen, sich das notwendige Spezialwissen auch auf bisher berufsfremden Gebieten anzueignen.

Die mit dem technischen Fortschritt verbundenen sozialen Probleme waren meiner Meinung nach auch eine der wesentlichen Ursachen für das Scheitern des Frühsozialismus. Es entwickelte sich ein scharfer Widerspruch zwischen seinem sozialem Anspruch und den sozialen Folgen der technischen Umwälzungen, für den er keine Lösungen fand. Vielleicht wurde nicht einmal rechtzeitig danach gesucht. Seine Eigentumsformen erleichterten es ihm, in einem Maße »Profits of Scale« zu realisieren, daß er produktivitätsmäßig auch auf der gegebenen technischen Basis lange Zeit mit der Produktivitätsentwicklung im Kapitalismus, die schon in weit höherem Maße die neue Technik nutzte, Schritt halten konnte. Das scheinen mir die beiden wesentlichen Gründe dafür zu sein, daß in den frühsozialistischen Ländern bei erweiterter Reproduktion weitgehend die alte, wenig veränderte Technik gegenüber der neuen, modernen Technik bevorzugt wurde.

Freilich ist auch der Kapitalismus mit diesen sozialen Problemen nicht fertig geworden. Obwohl in ihm – dank gewerkschaftlicher Kämpfe – Ansätze dazu entwickelt worden sind: in Form von Arbeitszeitverkürzungen, Arbeitsförderungsmaßnahmen, Umschulungen usw. Bis zu wirklichen Lösungen konnten sich diese Ansätze aber nie entwickeln. Sie sind, wegen der Kosten, relativ schnell an die Grenzen der betriebswirtschaftlich orientierten gesellschaftlichen Strukturen gestoßen. Ein gesellschaftliches Interesse an der Lösung dieser Probleme ist zwar vorhanden, stößt aber in der kapitalistischen Marktwirtschaft scharf an die Grenzen des privaten Profitinteresses, das solche Probleme lieber als Motor des sozialen Dumpings nutzt. Deshalb sind solche Lösungen nicht ohne soziale Auseinandersetzungen denkbar.

Seit dem Zusammenbruch des Frühsozialismus können Sozialdumping und Kapitalwanderung in Billiglohn-Länder bzw. Ar-

»Es ist möglich ..., daß das durch die Vermehrung der Produktivität frei gewordene Kapital sowohl wie frei gewordene lebendige Arbeitsvermögen beide brachliegen müssen, weil sie nicht in den Proportionen vorhanden sind, unter denen die Produktion auf der Grundlage der neu entwickelten Produktivkräfte stattfinden muß.«

Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 357.

»Asien hat gleich zwei Wettbewerbsvorteile: durch die teure und übereingebundene Arbeit des toyotischen Japans und durch die taylorisierte und unglaublich unterbewertete Arbeit der blutigen Taylorisierung in den neuen Entwicklungsschüben der NICs. Hierdurch kann es sich die amerikanischen und europäischen Märkte ›unter den Nagel reißen«. Der Zugang von riesigen vorkapitalistischen (des ländlichen Indien) oder sozialistischen Massen (China, Vietnam) zur kapitalistischen Handelsökonomie schafft selbst eine gewaltige Nachfrage für eine – sogar extensive Akkumulation.«

Alain Lipietz: Die Welt des Postfordismus, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 7-8/97, S. 37

beitskräfte-Importe aus solchen Ländern im sozialen Leben der Bundesrepublik in der Tat auch eine zunehmend gewichtige Rolle spielen. Wie differenziert man die Konkurrenz der Billiglohn-Länder auch betrachten mag, die Angst der Arbeiterschaft vor dem dadurch ausgeübten Druck auf ihre Lebenslage ist selbst dann berechtigt, wenn es Faktoren gibt, die solchen Formen des Sozialdumpings entgegenwirken und wenn auch die technischen Möglichkeiten zur Einsparung von lebendiger Arbeit für den Druck auf die Lebenslage der Lohnabhängigen nach wie vor die überragende Bedeutung haben. Globalisierung ist kein leeres Wort, weder im Hinblick auf die Verflechtungen der nationalen Produktionsstrukturen, die Notwendigkeit technischen Fortschritts oder auch nur als Damoklesschwert im Tarifstreit. Ihre sozialen Auswirkungen sind auch dann nicht zu unterschätzen, wenn der Globalisierungsprozeß differenziert verläuft und ihm auch Anregungen für positive regionale wirtschaftliche Entwicklungen entspringen. Auch bei den sozialen Folgen der Globalisierung fragt es sich also, genau wie bei der Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen, wie sie zu bekämpfen sind. Und da tritt auf einer viel konkreteren Ebene zutage – in viel unmittelbarerem Zusammenhang als noch bei Marx –, daß die Eigentumsverhältnisse für die Gestaltung des sozialen Lebens in der Tat eine ganz zentrale Rolle spielen. Marx ist zu früh totgesagt worden. Eher scheint mir ein Neo-Marxismus vor der Tür zu stehen, ein Marxismus, der die praktischen Erfahrungen des Frühsozialismus wie auch des revitalisierten Kapitalismus aus der Kenntnis der Marxschen Theorie heraus verarbeiten wird, denn die leichteste, wirksamste und vielversprechendste Möglichkeit, um den sozialen Folgen solch gravierender wirtschaftlicher Prozesse entgegenwirken oder sie gar ausschalten zu können, scheint mir wohl in der Tat eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse zu sein; wenn auch, aus den Erfahrungen des Frühsozialismus heraus gesehen, in anderen Zeiträumen, Übergängen und Formen als in den ehemals sozialistischen Ländern.

Heute liegen die praktischen Erfahrungen des frühen Sozialismus mit dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln vor und ebenso die der Wiedereinführung des Privateigentums nach dem Zusammenbruch des Frühsozialismus. Es hat sich gezeigt, daß das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln nicht per se nur positive Auswirkungen hat. Schon gar nicht in den Formen, wie es im frühen Sozialismus genutzt wurde. Im Gegensatz zu den theoretischen Vorstellungen hat es die Entwicklung der produktiven Kräfte der Gesellschaft keineswegs zu befördern vermocht; es ist vielmehr in halbfeudale Formen gepreßt worden, in denen die Produktivkraftentfaltung fast zum Erliegen kam. Auf der anderen Seite hat die Wiedereinführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln deutlich werden lassen, daß es schwerwiegende, geradezu lebensbedrohende, in der sozialistischen Gesellschaft zwar nicht unbekannt aber doch begrenzte und zurückzudrängende Konflikte in die Gesellschaft bringt, und zwar nicht nur in die gesamtgesellschaftliche Sphäre, sondern bis in den familiären Bereich hinein. Der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens, die plötzlich aufbrechenden Kriege und Bürgerkriege zwi-

schen und in den aus diesem Zerfall entstandenen Ländern, die Fehden in den Dörfern und den Familien, heben diese Wirkungen des Privateigentums in ein helles Licht. In den Dörfern und Familien begann sich statt der Eintracht Zwietracht zu verbreiten und mit der nunmehr entstandenen Möglichkeit zu privatem Eigentum an den materiellen Grundlagen des gesellschaftlichen Reichtums und seiner individuellen Nutzung begannen heftige Kämpfe um die Anteile am Grund- oder Industriebesitz, an der Beherrschung von Rohstoffquellen und Transportwegen etc. Im Gewand nationaler, ethnischer oder religiöser Differenzen begannen ganze Völker in Kriegen ihr eigenes, in 50 vorausgegangenen Friedensjahren geschaffenes Aufbauwerk zu zerstören. Infolge einer rapiden Verelendung organisierte sich schnell und in großem Maßstab das Verbrechen. Wie die Seeräuberei, der Finanzwucher u.ä. in den Geburtsstunden des frühen Kapitalismus, wurde es sogar zu einer der Grundlagen für die fehlende Konzentration von Geldkapital in privater Hand, ohne die kapitalistische Entwicklung nicht möglich ist; Geldwäsche ist nur die Form, in der sich verbrecherisch erworbenes Vermögen in ehrbares Kapital verwandelt und zur Basis der Ausbildung einer Schicht eigenständiger nationaler Kapitalisten wird.

Die frühsozialistischen Erfahrungen zeigen auf der anderen Seite, daß aus gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln nur sehr begrenzt persönliche Ausbeutungspotenzen und Reichtum entstehen. Das ist zwar eine Erfahrung, deren Reichweite noch nicht ausgelotet ist. Hinweise auf Korruption etc. deuten darauf hin, daß hier noch geeignete Formen gesellschaftlichen Eigentums gefunden werden müssen. In unserem Zusammenhang – Lösung der sozialen Krisenfolgen – bedarf es jedoch keiner großen Überlegung, um die Bedeutung des gesellschaftlichen Eigentums in dieser Hinsicht zu erkennen: kein Kapitaleigentümer würde andere Arbeitskräfte einstellen oder sein Kapital auf Wanderschaft schicken, wenn er sich dadurch selbst einer der Quellen seines Einkommens berauben würde. Wie sollte also ein Lohnabhängiger, so er selbst Eigentümer der von ihm in Bewegung gesetzten Produktionsmittel ist, durch Einstellung eines fremden Lohnabhängigen oder durch eine von ihm selbst losgelöste Wanderung seines Kapitals, die ihn selbst hilflos vor Ort zurückläßt, aus der Nutzung seines Eigentums vertrieben werden? Selbst wenn man bedenkt, daß lohnabhängige Eigentümer es keineswegs auf Anhieb verstehen werden, solche neuen Eigentumsformen auch wirklich zu nutzen, sind Verdrängungsprozesse dieser Art kaum denkbar. Warenmarktbedingte Verdrängungsprozesse wird es dagegen zunächst weiter geben müssen. Aufgehoben wird nur der Arbeitsmarkt; das wird auch höchste Zeit, denn die Notwendigkeit für Nichteigentümer, ihre eigene Arbeitskraft auf dem Markt feilbieten zu müssen, ist vom gesellschaftlichen Entwicklungsstand her gesehen eigentlich gar nicht so weit entfernt von Sklaverei und Leibeigenschaft, wie es zivilisatorisch heute machbar und wünschenswert ist. Der Warenmarkt wird dagegen noch nicht verschwinden können. Die Erfahrungen in den sozialistischen Ländern haben erkennen lassen, daß der Frühsozialismus nicht gescheitert ist, weil die Arbeitskraft aus dem Markt genommen wurde, sondern weil er versucht hat,

»Das sowjetische Plansystem mit seinem Außenhandelsmonopol war nichts anders als ein zunächst recht effizientes Modell nachholender Industrialisierung mit Importsubstitution im nationalen Raum, also mit einer bewußten Dissoziation vom kapitalistischen Weltmarkt. Genau darin – hohe wirtschaftliche Wachstumsraten, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Verteilungsgerechtigkeit – bestand ja lange Zeit die Attraktivität des Modells, die es aber einbüßte, als die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich änderten und den weltmarktoffenen Ländern Vorteile gegenüber den anderen »geschlossenen Gesellschaften« verschafften. (...) Als die Öffnung zum Weltmarkt unvermeidlich wurde, konnte das nationale Projekt des Sozialismus nicht mehr aufrechterhalten werden.« Elmar Altvater: Operationsfeld Weltmarkt oder: Vom souveränen Nationalstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, in: PROKLA, Nr. 97 (4(1994), S. 521/522.

sich auch hinsichtlich seiner Erzeugnisse den Marktgesetzen zu entziehen. Offensichtlich ist auch im Sozialismus, zumindest im frühen Sozialismus, der Druck des Marktes notwendig, um immer wieder die Tatsache ins Bewußtsein zu heben, daß die Quellen des gesellschaftlichen Reichtums nur dann sprudeln, wenn sich die hergestellten Waren auch auf dem Markt verkaufen lassen. Auch für werktätige Produktionsmitteleigentümer gilt, daß sie nur in geringem Maße Selbstverbraucher ihrer Erzeugnisse sind. Auch ihre Waren müssen den Bedürfnissen fremder Verbraucher genügen und sich verkaufen, wenn ihr Einkommen, gleichgültig in welcher Proportion es sich in Lohn- und Kapitaleinkommen teilt, nicht austrocknen soll. Bei arbeitsteiliger Produktion und beim heutigen Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse gleicht das Wertgesetz immer noch einem Naturgesetz; später, unter anderen Bedingungen, mag sich diese Abhängigkeit mildern.

Die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Prozesse auf dem heutigen technischen Entwicklungsstand zeigen meines Erachtens also, daß eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse hin zum gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln einfach notwendig werden wird. Grundsätzlich scheint mir das keine Frage zu sein. Fraglich ist nur, in welchen Formen sich dieses Eigentum manifestieren muß und wie, in welchen Schritten sich dieser Formwandel des Eigentums vollziehen wird. Es würde zu weit führen, dies hier zu durchdenken. Einige denkbare Formen, wie das halbstaatliche Eigentum oder aus Lohnzuwächsen aufzubauende, gewerkschaftlich zu managende Investmentfonds etc. sind schon bekannt bzw. angedacht worden. Hier wäre weiterzudenken und dabei zugleich in Betracht zu ziehen, wie weit die klassenmäßige Polarisierung der Gesellschaft heute diesen eigentumsmäßigen Wandlungsprozeß befördern kann. Bei dieser Fragestellung ist es besser, man rückt die eigentumsmäßige Wandlung mehr in den Hintergrund, denn sie wird das notwendige, schließliche Ergebnis des Prozesses sein, nicht sein Anfang. Die frühsozialistischen Erfahrungen legen ja auch nahe, daß die Zielstellung gesellschaftlicher Veränderungen nur die soziale Gestaltung der Entwicklung sein kann und muß, nicht die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Letztere sind, obwohl sie die gesellschaftlichen Verhältnisse prägend beeinflussen, die abhängige Variable. Bestehende Eigentumsverhältnisse unterliegen der Veränderung nur, wenn sie für die Mehrheit der Bevölkerung zum unerträglichen sozialen Ärgernis werden. Dieser Situation scheinen wir uns zu nähern, aber für jedermann klar erkennbar ist der Zusammenhang zwischen den Eigentumsverhältnissen und den sozialen Problemen noch nicht; schon deshalb nicht, weil auch Kapital und Kapitalisten von der Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen betroffen werden.

Betroffen wird von den sozialen Folgen des Wandlungsprozesses – wenn auch in unterschiedlichem Grade – fast die gesamte Bevölkerung, die Frau ebenso (und schlimmer noch) wie der Mann, der lohnabhängige Ingenieur genauso wie der Handarbeiter, der Selbständige genau wie der von dem Wohlergehen der Region abhängige Kapitalist. Die sozialen Krisen bringen also vielfältige Kräfte zum Brodeln und gebündelt dürften sie zu einer

»Die Krise des dominanten Lohnverhältnisses der Nachkriegszeit – des Fordismus – hat vielfältige Verläufe in den entwickelten Staaten verursacht. Die einen haben die ›Flexibilisierung‹, die anderen die ›Mobilisierung der Humanressourcen‹ bevorzugt. Die ›neu entwickelten Staaten‹ (NIC) akzentuierten ihre Wettbewerbsfähigkeit und differenzierten sich aus. Daraus resultiert ein umfassender Umbau der Hierarchie in der Weltökonomie.«
Alain Lipietz: Die Welt des Postfordismus, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 7-8/97, S. 1.

richtungsbestimmenden gesellschaftlichen Kraft werden.

Hier ist ein Einschub nötig. Es fragt sich doch, welche Klasse oder Schicht diesen notwendigen Wandlungsprozeß der gesellschaftlichen Verhältnisse trägt? Früher war das keine Frage. Noch in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Arbeiterklasse als das Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen begriffen. Aber heute, in den hochindustrialisierten Ländern? Meines Erachtens ist sie es jedoch auch heute noch. Es kommt da wohl auf die Definition des Begriffs an. Es scheint zwar die Meinung vorzuherrschen, daß Marx' Ableitung der Polarisierung der Gesellschaft in Kapital und Arbeit und damit auch des entsprechenden Interessengegensatzes falsch gewesen sei..In der Gesellschaft scheint vorwiegend eine Differenzierung stattzufinden, bei der die Arbeiterklasse sich im Mittelstand aufzulösen scheint. In der Tat haben sich die Lebensverhältnisse der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Schichten, eben auch der Lohnabhängigen, in nicht erwartetem Maße verändert. Von einer homogenen, klar umgrenzten Arbeiterklasse kann man nicht mehr sprechen. Ein breiter lohnabhängiger Mittelstand ist entstanden, und ein solcher Mittelständler unterscheidet sich nicht weniger von einem einfachen Handarbeiter wie früher ein selbständiger Mittelständler. Auch die Handarbeiterschaft selbst ist in sich differenzierter als früher. Diese Differenzierung scheint mir aber nur eine, ebenfalls dem technischen Fortschritt geschuldete, Seite des Polarisierungsprozesses zu sein. Mit dem technischen Fortschritt wuchs auch der Bedarf des Kapitals an höher gebildeten Arbeitskräften. Ingenieure und Kaufleute waren gefordert – und die waren, da sie sich damals auch noch selbständig machen konnten, nur mit entsprechendem Einkommen zu bekommen. Daher war der Lohn des abhängigen Mittelstands zunächst annähernd so hoch wie der des selbständigen Mittelstandes. Der Lohn dieser Arbeitskräfte ist jedoch genau wie der jedes anderen Lohnabhängigen den Gesetzen des Arbeitsmarktes unterworfen. Sobald das Angebot die Nachfrage in ausreichendem Maße übersteigt, wird er vom Kapital gedrückt; diese Phase scheint erreicht worden zu sein; mit einem durch die Produktivkraftentwicklung und die Existenz des Sozialismus bewirkten Aufschub. Meines Erachtens ist es daher nicht richtig, wegen des Lohnes – »hoch oder niedrig« (wie Marx so schön sagt) – die Art der Arbeit, Hand oder Kopf, oder den Lohn bzw. die Lebensumstände des Arbeiters zum Kernpunkt der Definition des Begriffs »Arbeiterklasse« zu machen. Dieser Kernpunkt ist die Lohnabhängigkeit, sie prägt die Grundinteressen der Werktätigen. Ein lohnabhängiger Ingenieur ist genauso betroffen wie ein einfacher Arbeiter, wenn ihm das Kapital unter dem Hintern wegwandert. Die vom technischen Fortschritt ausgelöst und durch die Konkurrenz vorangetriebenen sozialen Probleme treffen ihn genauso. Gewiß, für den Ingenieur ist es leichter, für sich eine individuelle Lösung der Probleme zu finden. Er kann immer noch den Handarbeiter aus seinem Job verdrängen etc. Getroffen wird aber auch er. Bei aller Differenzierung: die Grundinteressen der lohnabhängigen Handarbeiter und des lohnabhängigen Mittelstands sind gleichgelagert.

Natürlich ist die Beschränkung auf die Grundinteressen nur ein

»Tatsächlich begeht die marxistische Tradition den gleichen theoretischen Irrtum, dessen Marx selbst Hegel geziehen hat: Indem sie konstruierte Klassen, die als solche nur auf dem Papier existieren, gleichsetzt mit wirklichen Klassen in Gestalt mobilisierter, absolutes und relationales Selbstbewußtsein besitzender Gruppen, verwechselt die marxistische Tradition die Sache der Logik mit der Logik der Sache. (...) Eine ›Klasse‹, sei es eine soziale, eine ethnische, eine Geschlechts- oder sonstige Klasse, existiert genau dann, wenn es Akteure gibt, die sich anderen als autorisiert, offiziell an ihrer Stelle und in ihrem Namen zu sprechen und zu handeln, aufzudrängen vermögen.« Pierre Bourdieu: Wie eine soziale Klasse entsteht, in: Ders.: Der Tote packt den Lebenden, Hamburg 1997, S. 112, 127.

grobes Raster. Die Interessenlagen sind viel differenzierter, als daß die Richtung gesellschaftlicher Bewegungen allein durch die Grundinteressen bestimmt werden könnten. Die Folgen der modernen – namentlich auch der globalen – Marktprozesse treffen ganze Wirtschaftszweige und Regionen. Die Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion schafft in gewissem Maße dadurch selbst Interessengegensätze zwischen den Kapitalisten, denn nur das von der Kapitalfunktion losgelöste Kapitaleigentum ist weltweit mobil. Hier bestimmt das »shareholder-interest«, das Profitinteresse in absoluter Form, die Kapitalbewegung. In den von den Strukturveränderungen selbst betroffenen Zweigen oder dort, wo das Kapital selbst von der regionalen Wirtschaftsentwicklung abhängig ist, verschmelzen die Interessen von Kapital und Lohnabhängigen häufig miteinander, denn beide, Lohnabhängige und Unternehmer, sowohl die des niedergehenden als auch die anderer, indirekt betroffener regionaler Wirtschaftszweige, werden von dieser Entwicklung tangiert. Da jedoch nur die Lohnabhängigen nicht von einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse betroffen werden, die einer Lösung der sozialen Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels entgegenstehen, dürften sie tatsächlich immer noch der entscheidende Träger eines solchen Wandlungsprozesses sein. Die Erfahrungen mit den halbstaatlichen Betrieben in der ehemaligen DDR zeigen zugleich, daß sogar Schichten des mittelständischen Kapitals in den Wandlungsprozeß von Eigentumsverhältnissen eingebunden werden können.

Es fragt sich also, wie die, von den Lebensumständen aus gesehen, so sehr unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Schichten so zu bündeln sind, daß sie als gesellschaftliche Kraft in Richtung sozialer Lösungen wirksam werden.

In diesem Zusammenhang ist es sicherlich richtig, wenn Wolfram Adolphi den Parteien und Gewerkschaften vorwirft, daß sie neuen Lösungsansätze für die sozialen Probleme der Gegenwart zu wenig Raum widmen (Editorial von »UTOPIE kreativ« Heft 78). In der Tat läßt sich Politik nur einsichtig machen, wenn sie einsichtige Lösungsansätze für anstehende Probleme bietet, nur dann ruft sie das politische Engagement der Menschen hervor. Sein Beispiel – der Vorschlag von Hermann Scheer, die Subventionen für die Steinkohle lieber in die Erforschung alternativer Energietechniken zu stecken, weil dies hochqualifizierte und zukunftsträchtige Arbeitsplätze schaffe – greift jedoch zu weit. Die Umschichtung der gesellschaftlichen Mittel auf die Erforschung neuer Techniken ist zwar notwendig, aber die Probleme der Werktätigen in den notleidenden Zweigen löst sie nicht. Die Wirkung dieser Art Umstrukturierungen von Subventionen ist auch viel zu langfristig angelegt, um alle möglichen gesellschaftlichen Kräfte wirklich zu bündeln und für solche Lösungen zu mobilisieren. Um das zu erreichen, müßten die Lösungen unmittelbar an den sozialen Problemen ansetzen und dort Abhilfe schaffen. Deshalb hat Adolphi auch unrecht, wenn er die Forderung nach neuen Lösungsansätzen der Solidarität mit dem Kampf der Kumpel an Ruhr und Saar entgegenstellt. Natürlich wissen auch die Lohnabhängigen im Stahlrevier und im Kohlebergbau, daß die Verlängerung der Subventionen für ihre Zweige keine dauerhaften Arbeitsplätze schaffen kann. Sie

haben längst begriffen, daß heute kein Werktätiger mehr damit rechnen kann, sein ganzes Berufsleben auf ein und demselben Arbeitsplatz zu verbringen. Sie wären auch zum Wechsel bereit. Ihr Kampf richtet sich nicht gegen das Mehr an Mobilität, das ihnen abgefordert wird, sondern dagegen, daß das mit Hilfe der Subventionen wieder mobil gewordene Kapital sie – wie die amortisierten Anlagen – einfach auf dem Schrottplatz stehen läßt. Dagegen richten sich die Streiks. Völlig zu Recht! Sie fordern von Staat wie Kapital ein, daß sie ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Der Kern ihrer Forderungen war der Ruf nach sozialen Lösungen für die anstehenden Probleme des strukturellen Wandels. Deshalb verdienen sie volle Solidarität.

Solche Lösungen zu erarbeiten und anzubieten, ist in der Tat auch Aufgabe der sozialistischen Parteien wie auch der Gewerkschaften. Nur so können sie, da hat Adolphi völlig recht, die Mehrheiten gewinnen und zur Kraft formen, die notwendig sind, um Politik und Wirtschaft auf eine soziale Schiene zu bringen. Nur so läßt sich die neoliberale Deregulierungspolitik überwinden, die die Bundesrepublik – wie übrigens auch die neuen Bundesländer nach der Wende – in die Krise geführt hat. Wenn die Wirtschaft in Bewegung kommen soll, ist eine aktive Regulierungspolitik notwendig. Im Selbstlauf geht das heute nicht mehr.

Nicht erst seit heute, sondern schon seit jeher mußten bestimmte Bedingungen gegeben sein, von der Bereinigung der Überkapazitäten einmal abgesehen, um die Wirtschaft in Bewegung kommen zu lassen: Die technische Entwicklung mußte einsatzfähige Innovationen bereitgestellt haben. Für diese Innovationen mußte ein Markt, d.h. ein zahlungsfähiges gesellschaftliches Bedürfnis, vorhanden sein. Konkurrenzdruck mußte die Einführung befördern. Und, last not least, die Innovation mußte den Absatz bzw. die Produktivität so stark erhöhen, daß vorzeitiger Verschleiß alter Anlagen mehr als ausgeglichen wurde. Dies alles war Voraussetzung dafür, daß Geldkapital sich statt in Finanzkapital in produktives Kapital umsetzte. Heute genügen diese Voraussetzungen nicht mehr. Für privates Risikokapital sind der notwendige Kapitaleinsatz und die notwendigen Anlaufperioden zu hoch bzw. zu lang und darüber hinaus bremsen oligopolistische Verhältnisse den Druck der Konkurrenz ab.

Ein typisches Beispiel ist hier der Öko-Kühlschrank. Im Bereich der Hausgeräteindustrie waren alle der erwähnten Bedingungen gegeben, die früher genühten, um Kapital in Bewegung zu setzen. Trotzdem rührte sich nichts. Erst als die finanziell starke, ökologisch engagierte, Non-Profit-Organisation Greenpeace mit dem in Bedrängnis geratenen ostdeutschen Foron-Werk in Schwarzenberg kooperierte und das notwendige Risikokapital zur Verfügung stellte, wurde der Öko-Kühlschrank nicht nur von Foron produziert, sondern nach kurzer Zeit gab es dann, durch den so entstandenen Konkurrenzdruck, auf dem Markt der Bundesrepublik nur noch umweltfreundliche Kühlgeräte. Ohne einen solchen Anschub kommt heute kaum noch ausreichend Bewegung in die Wirtschaft. In aller Regel wird dieser Anschub vom Staat kommen, also durch die politischen Parteien auf den Weg gebracht werden müssen. Privates Non-Profit-Vermögen ist dazu meist nicht stark genug, oft

»Während die Analyse noch mit den Mitteln der Wissenschaft ohne Rücksicht auf politische Interessen und Bewußtseinsformen geschehen kann, ist (die Suche nach Lösungen) nur möglich, wenn den sozialen und politischen Trägheiten, den ökonomischen Interessen, den sozialen Gegensätzen, der Ungleichverteilung der Macht und den konkurrierenden Gegenwartsinterpretationen Rechnung getragen wird. Ein politisches Programm zum Zwecke der Problemlösung zu entwerfen, ist daher nicht nur zu viel verlangt, sondern überflüssig und vielleicht sogar schädlich, weil es Eindeutigkeit suggeriert, wo Ungewißheit herrscht und Konflikte ausgetragen werden müssen. Was not tut, ist vielmehr eine Diagnose der Zeit und eine Aktivierung all jener sozialen Kräfte, die aus dieser Diagnose politische Konsequenzen zu ziehen in der Lage und bereit sind. Theoretische Arbeit wird also als politisches Projekt konzipiert und umgekehrt: Wer politisch aktiv sein will, muß sich theoretisch anstrengen.«
Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1996, S. 575.

»In schneidenden Widersprüchen, Krisen, Kämpfen drückt sich die wachsende Unangemessenheit der produktiven Entwicklung der Gesellschaft zu ihren bisherigen Produktionsverhältnissen aus. Gewaltsame Vernichtung von Kapital, nicht durch ihm äußere Verhältnisse, sondern als Bedingung seiner Selbsterhaltung, ist die schlagendste Form, worin ihm advice gegeben wird, to be gone and to give room to a higher state of social production.«
Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 642.

auch nicht unbedingt willens, und profitorientiertes Kapital orientiert sich eben am Profit und nicht an gesellschaftlichen Bedürfnissen.

Um zum Abschluß zu kommen. Außer in dogmatischen neoliberalen Kreisen dürfte es heute schon weithin einsichtig sein, daß die Deregulierungspolitik eine sozial unerträglich werdende Sackgasse ist. Eine anschiebende, strukturell orientierte Wirtschaftspolitik ist nötig, um den Wandlungsprozeß in Gang und in die richtige Richtung zu bringen. Was aber ist die richtige Richtung und woran orientiert man sich, damit die wirtschaftliche Bewegung auch in diese Richtung läuft und ihren sozialen Charakter behält?

Die sozialen Probleme selbst, die den strukturellen Wandlungsprozeß begleiten, liefern die Antwort auf diese Frage. Das beginnt mit der, den Lohnabhängigen vorgeworfenen, mangelnden Mobilität. Wenn die Menschen mobiler werden sollen, brauchen sie eine höhere Allgemeinbildung, bessere Spezialausbildungen, Möglichkeiten ständiger Weiterbildung und Umschulung, um sich den wechselnden Erfordernissen ihres Arbeitslebens besser anpassen zu können. Man muß sie wie das Kapital mit der Fähigkeit ausstatten, sich eine neue, den gegebenen Bedingungen adäquate Qualifikation anzueignen – und das heißt letzten Endes, diese kaufen zu können. Die notwendige Qualifikation bzw. die Einrichtungen zu ihrem Erwerb müssen auf dem Markt angeboten werden und die Lohnabhängigen müssen mit der Zeit und den Mitteln ausgestattet werden, sie zu erwerben.

Sozial gesehen werden also von der wissenschaftlich-technischen Revolution an den Bildungsbereich ganz neue Anforderungen gestellt. Aus diesen sozialen Anforderungen der technischen Revolution, aus den notwendigen Reformen und Anpassungen unseres Bildungssystems an die durch die Schnelligkeit und das Ausmaß des technischen Fortschritts hervorgebrachten neuen gesellschaftlichen Bildungs- und Weiterbildungsbedürfnisse ergeben sich auch Lösungsansätze für das Arbeitslosenproblem. Pflichtschule bis zum Abitur, neue Bildungseinrichtungen zur Weiterbildung und Umschulung usw., das heißt, wenn es umgesetzt wird, einerseits Verkürzung der Lebens- und der beruflichen Arbeitszeiten und andererseits mehr Arbeitsplätze im Bildungsbereich und, über die Folgeeffekte, ebenso auch in anderen Bereichen. Das ist noch keine Lösung des Arbeitslosenproblems, aber das ist ein Lösungsansatz, der durch weitere Formen ergänzt werden muß, aus dem sich aber, im Zuge der Umsetzungspraxis, auch weitere Lösungsformen ergeben werden. Zumal wir an einem Scheideweg sind.

Im Moment bewegt sich die Bundesrepublik hin zum »zweiten Arbeitsmarkt«. Zumindest drängt die Politik der Regierungskoalition sie in diese Richtung eines Billig-Lohn-Marktes. Die steuerlich geförderte Öffnung des Bereichs der privaten Haushalte für zusätzliche Beschäftigung zeigt, daß das Ziel der staatlichen Arbeitsförderung in der Bundesrepublik die Erschließung von Billig-Arbeitsplätzen für unqualifizierte Arbeitskräfte und nicht die Bereitstellung qualifizierter Arbeitskräfte für höhere Anforderungen ist. Die Entlastung der Betriebe über den Abbau der Sozialkosten, die Förderung von Zeitjobs ohne Sozialversicherungs- oder Steuerpflicht, das Bestreben, die Arbeitszeit zu verlängern und die Schul-

zeit zu verkürzen etc., bestätigen diese Tendenz. Den »Standort Deutschland« will die Regierung, anstatt durch höhere allgemeine Qualifikation der Arbeitskräfte, durch Elitebildung auf speziellen Bildungswegen sichern. Gewiß, auch das ist ein Weg in die Dienstleistungsgesellschaft. Aber eben zugleich auch eine Bewegung in die Richtung zu der unschönen, überwunden geglaubten Dienstboten-Gesellschaft, mit tieferer Armut auf der einen und größerem Reichtum auf der anderen Seite. Übrigens ein langdauernder Prozeß, die berufstätige Generation der Gegenwart bleibt außen vor. Ich glaube kaum, daß wir wieder in dieser Gesellschaft des 19. Jahrhunderts ankommen werden. Aber das Tempo des im Gange befindlichen Sozialabbaues zeigt doch, daß der Weg in diese Richtung ganz schön abschüssig werden kann.

Der soziale Lösungsansatz zeigt den Weg in die Gegenrichtung, zu höher qualifizierter, allen Anforderungen gewachsener Arbeitskraft. Die Bewegung in diese Richtung bewirkt natürlich, mit der Steigerung der Qualifikationen, auch eine Steigerung der Einkommen, führt also eher zu einer durchaus erstrebenswerten Nivellierung der Einkommensunterschiede. Daß dies, aus ökologischen Gründen, nicht eine bloße Erweiterung des Verbrauches in seiner gegebenen Struktur bedeuten darf, sich höhere Einkommen also nicht in größerem Verschleiß unserer Lebensgrundlagen niederschlagen dürfen, ist eine andere Frage. Es würde zu weit führen, sie hier zu behandeln, aber die Hinwendung der Gesellschaft zu erweiterter Bildung ganz allgemein und die Ausdehnung der entsprechenden Dienstleistungsbereiche läßt erkennen, daß dieser Weg – anders als die Illusion von der heilenden Wirkung steigender Wachstumsraten – in eine Richtung weist, in der die Lösungsformen des Arbeitslosenproblems nicht unbedingt mit den Anforderungen ökologischer Lösungen kollidieren müssen. Im Gegenteil, der zunehmende Zwang zu ökologischer Umsicht, verbunden mit dem höheren Nationaleinkommen der High-Tech-Länder und dem höheren Bildungsgrad der Menschen, eröffnet ganz neue Lösungsmöglichkeiten für ökologische Probleme, aus denen ebenfalls neue Arbeitsplätze erwachsen. Es gibt also eine politische Schiene, auf der sich Aussichten auf neue Arbeitsplätze in einem Ausmaß eröffnen, das heute noch gar nicht zu überblicken ist. Es gilt aber die Weiche zu stellen, die auf diese Schiene führt!

Wir stehen heute vor der Frage: Gehen wir in Richtung des zweiten Arbeitsmarkts, des Billig-Lohn-Marktes oder machen wir die Menschen fit für die wechselnden Ansprüche ihres Berufslebens; gehen vorwärts in Richtung auf die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, mit modernen, gebildeteren Menschen, fähig, die Probleme ihres Arbeitslebens zu meistern, einer Gesellschaft mit mehr Gleichheit zwischen den Menschen. Ohne kräftigen gesellschaftlichen Druck wird diese Weiche nicht positiv zu stellen sein. Sicherlich kann und muß man dabei auch Kompromisse eingehen, wenn das hilft, die dazu notwendigen Kräfte zu bündeln. Aber die Richtung muß stimmen! Die Ziele des Bergarbeiterstreiks hätten gewiß keine Lösung des Problems Kohlebergbau gebracht, aber die Richtung stimmte: Für die Krisen der Moderne sind soziale und nicht shareholders-value-Lösungen zu suchen.